

Umstrittene Pille

In vielen europäischen Staaten ist die »Pille danach« rezeptfrei: in Belgien, Bulgarien, Tschechien, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Ungarn, Lettland, Luxemburg, den Niederlanden, Portugal, Rumänien, der Slowakei, Slowenien, Schweden und Großbritannien. In Österreich ist sie seit neun Jahren zugelassen, allerdings nur auf ärztliche Verschreibung. Gesundheitsminister Alois Stöger (SPÖ) will das nun ändern.

Von Stephan Baier

Der sozialistische Gesundheitsminister in Österreich will die Rezeptfreiheit für die »Pille danach« und hat damit eine scharfe öffentliche Kontroverse losgetreten. In der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage der Grünen meinte Minister Alois Stöger, ein Unternehmen, das ein solches Medikament vertreibt, könne den Antrag auf Rezeptfreiheit stellen, und dann würde er diesen auch positiv bewerten. Stögers Begründung: Es sei wichtig, die »Pille danach« möglichst bald nach dem Geschlechtsverkehr einzunehmen. »Und mit der Rezeptfreiheit kann man schneller zum Medikament kommen.«

In einem gemeinsamen Appell rufen nun die Bischöfe Klaus Küng (St. Pölten), Elmar Fischer (Feldkirch) und Andreas Laun (Salzburg) den Gesundheitsminister dazu auf, von diesem Vorhaben abzulassen. Wörtlich heißt es in dem Appell der drei Bischöfe: »Es ist gesundheitspolitisch unverantwortlich, einen hoch dosierten Hormoncocktail auch jungen Mädchen de facto unbegrenzt und ohne ärztliche Kontrolle verfügbar zu machen.« Weiter weisen die Bischöfe darauf hin, dass die »Pille danach« nicht nur ovulationshemmend wirkt, sondern auch tötend, »in den Fällen, in denen sie die Einnistung

»Der Staat übergeht die Eltern und schaltet ihre Rechte aus.«

des schon befruchteten Eis verhindert«. Das Präparat belaste also nicht nur den Körper der Frau, sondern »tötet möglicherweise einen bereits gezeugten neuen Menschen«.

Zwei weitere Argumente führen die Bischöfe in ihrem offenen Brief an Mi-

nister Stöger an: »Es ist befremdend zu sehen, dass der Staat immer mehr nach den Kindern und Jugendlichen greift und dabei die Eltern und ihre Rechte übergeht und ausschaltet. Die rezeptfreie »Pille



Alois Stöger, Gesundheitsminister in Österreich

danach« wäre ein weiterer Schritt in diese besorgniserregende Richtung.« Es könne auch nicht im Sinn des Gesundheitsministers sein, »junge Menschen zu verleiten, noch leichtfertiger scheinbar folgenlose, aber verfrühte sexuelle Beziehungen einzugehen«. Sexualität sei »nicht ein harmloses Spielzeug für Teenager«, mahnen die Bischöfe Küng, Fischer und Laun in ihrem Appell, der innerhalb weniger Tage im Internet mehr als 1.500 Unterstützer fand.

Auch die Lebensschutzbeauftragte der Erzdiözese Wien, die junge Rechtsanwältin Stephanie Merckens, warnte vor einer Rezeptfreistellung: »Wer sagt, die »Pille danach« habe keine abtreibende Wirkung, geht davon aus, dass eine Schwangerschaft erst mit der Einnistung des Embryos

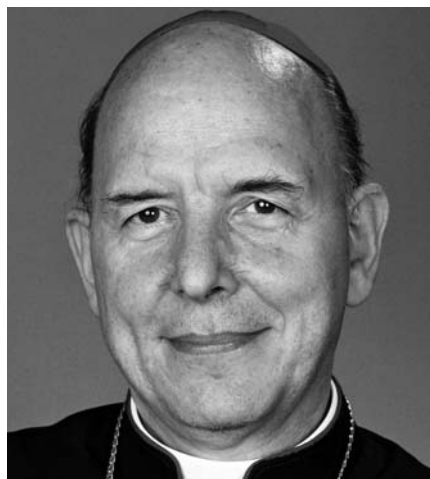
beginnt. Wissenschaftlich ist aber klar, dass bereits ab Verschmelzung von Ei- und Samenzelle ein neuer Mensch entstanden ist.« Wer verhindere, dass dieses neue menschliche Wesen sich in der Gebärmutter einnisten kann, setze dessen Leben ein Ende. »Zwischen Befruchtung und Einnistung wird nicht mehr verhindert, da wird beendet«, so Merckens, die auch gegen die Hormondosierung dieser Pille bei jungen Mädchen Bedenken äußerte und für einen »umfassenden Sexualunterricht« warb: »Sexualerziehung

»Sexualität ist kein harmloses Spielzeug für Teenager.«

macht dann Sinn, wenn sie aus jungen Menschen liebende Menschen macht.«

Deutliche Kritik an den Plänen des Gesundheitsministers äußerte die »Jugend für das Leben«, eine jugendliche Lebensschutzbewegung, die im Oktober in Linz ihr 20-jähriges Bestehen feierte. Pressesprecherin Margit Parzmair meinte, über die tatsächliche Wirkungsweise der »Pille danach« herrsche Aufklärungsbedarf. Sie als reines Verhütungsmittel darzustellen, sei »grundlegend falsch«. Mit der Einnahme dieser Pille werde »unweigerlich die Tötung eines ungeborenen Menschen in Kauf genommen«. Auch auf die unterschätzten Nebenwirkungen weist die »Jugend für das Leben« hin: Die »Pille danach« enthalte eine 50 Mal höhere Hormondosis als die durchschnittliche Anti-Baby-Pille. Auch das Wiener »Institut für medizinische Anthropologie und Bioethik« (IMABE) weist in einer Expertise darauf hin, dass dieses Präparat »in einer beträchtlichen Zahl der Fälle doch als frühabtreibendes Mittel anzusehen ist«.

Eine »un glaubliche Verantwortungslosigkeit« sieht die Präsidentin des Österreichischen Familienbundes, Andrea Gottweis, in der Rezeptfreistellung der »Pille danach«. Gottweis wörtlich: »Es ist unfassbar, dass so fahrlässig mit der Gesundheit unserer Jugend umgegangen



Bischof Klaus Küng

wird. Jeder medizinische Hustensaft ist rezeptpflichtig, aber ein Hormonpräparat mit frühabtreibender Wirkung soll ohne Untersuchung eines Arztes beliebig abgegeben werden.« Der Gesundheitsminister solle sich stattdessen für eine »wertorientierte Sexuaufklärung« einsetzen. In Zeiten des dramatischen Geburtenrückgangs sei es »absurd«, weitere, »noch dazu gesundheitsgefährdende Methoden zu überlegen, Kinder zu verhindern«. Für einen wertebasierten Sexualkundeunterricht, der »den liebenden und Beziehung suchenden Menschen in den Mittelpunkt stellt«, plädierte angesichts der laufenden Debatte auch die kirchennahe »Aktion Leben«.

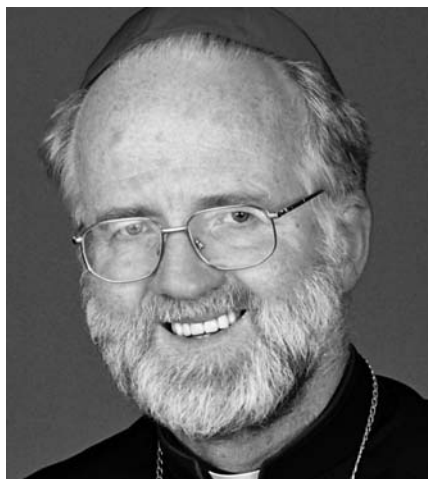
Die Wiener Initiative »Frauen des 21. Jahrhunderts« (F21) weist auf die »Manipulation und Belastung des weiblichen Körpers, die damit in Kauf genommene Schädigung des Organismus vor allem auch von Jugendlichen, die gesteigerten Möglichkeiten für die Druckausübung

»Da wird nicht mehr verhindert, da wird beendet.«

durch Männer – er braucht ihr ja nur die »Pille danach« zu verabreichen, dann ist er sozusagen »aus dem Schneider« – und die damit verbundene mögliche stärkere Ausbreitung von Geschlechtskrankheiten« hin. F21 rief zu Protestschreiben an

Gesundheitsminister Alois Stöger und Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek (beide SPÖ) auf.

Weit weniger kritisch reagierten die politischen Parteien auf den Vorstoß des Gesundheitsministers. SPÖ-Bundesfrauen geschäftsführerin Andrea Mautz eilte



Bischof Andreas Laun

ihrem Parteifreund zu Hilfe: Die »Pille danach« sei »eine wichtige Maßnahme, um ungewollte Schwangerschaften zu verhindern«. Sie sei auch davon über-

»Jeder medizinische Hustensaft ist rezeptpflichtig.«

zeugt, »dass die Frauen verantwortungsvoll damit umgehen werden«. Beifall kam auch von den in Opposition befindlichen Grünen.

Kein unüberwindbares Problem mit der »Pille danach« hat offensichtlich die Gesundheitssprecherin der oppositionellen FPÖ, Dagmar Belakowitsch-Jenewein: Bei der »Pille danach« handle es sich um ein hoch dosiertes Hormonpräparat, das zu schwerwiegenden Nebenwirkungen führen könne und deshalb »als Notfallmedikament« angesehen werden müsse. Die Aufklärung durch Ärzte und Apotheker müsse gewährleistet bleiben, doch dürfe der Apotheker »im Notfall auch ohne ärztliche Verschreibung dieses Medikament abgeben«. Keine Reaktion kam vom Koalitionspartner ÖVP, doch den braucht der rote Gesundheitsminister auch gar nicht. Die Rezeptfreistellung kann er im Alleingang auf dem Verordnungsweg durchsetzen.

Auch die Abtreibungsindustrie meldete sich mit Beifall für Stöger zu Wort: Das »pro:woman«-Abtreibungsambulatorium

am Wiener Fleischmarkt begrüßte die Ankündigung des Gesundheitsministers. »Speziell jungen Mädchen steht mit der frei zugänglichen »Pille danach« endlich eine Möglichkeit zur Verfügung, Pannen in der Verhütung und in weiterer Folge ungewollten Schwangerschaften rasch entgegenzuwirken«, meinte die Leiterin des Ambulatoriums, Elke Graf. »Der unbürokratische und rasche Zugang zu Notfallverhütung gehört zu den wesentlichen Maßnahmen, den dramatischen Anstieg von Schwangerschaftsabbrüchen bei unter 18-jährigen Mädchen zu stoppen.«

Einer der prominentesten Abtreiber Österreichs, »Gynmed«-Chef Christian Fiala, brachte auf der Grundlage einer Studie mit 5.000 Frauen, die abgetrieben hatten, ein neues Argument in die Debatte: Kondome seien wenig zuverlässig, denn »ein Drittel aller ungewollten Schwangerschaften (35 Prozent) passiert trotz Verwendung eines Kondoms«. Das Fazit von »Gynmed«: »Ein gerissenes oder abgerutschtes Kondom ist nicht nur ein absoluter Stimmungskiller, es erfordert auch die rasche Einnahme der »Pille danach« als wirksame Notfallverhütung.«

Anders als in Deutschland wäre eine statistische Wirkung der Rezeptfreistellung oder gar der offensiven Propagierung der »Pille danach« nicht quantifizierbar. Aus einem einfachen Grund: In Österreich gibt es keinerlei amtliche Abtreibungsstatistik, ebenso wie es keine Motivforschung gibt. Die Abtreibungszahlen schwanken deshalb sehr stark: Bei einer Einwohnerzahl von 8,2 Millionen und rund 75.000 Lebensgeburten pro Jahr sterben nach Schätzungen der Experten zwischen 40.000 und 80.000 Kinder jedes Jahr durch Abtreibungen.

IM PORTRAIT

Stephan Baier

Der Autor, 1965 in Roding (Bayern) geboren, ist Österreich- und Europa-Korrespondent der überregionalen katholischen Tageszeitung »Die Tagespost«.



Nach dem Studium der Theologie in Regensburg, München und Rom arbeitete er zunächst als Pressesprecher für die Diözese Augsburg,

dann fünf Jahre lang als Pressesprecher und Parlamentarischer Assistent für Otto von Habsburg im Europäischen Parlament. Baier, Autor mehrerer Sachbücher, ist verheiratet und Vater von fünf Kindern.